

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Katrin Vogel (CDU)

vom 22. Juni 2016 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Juni 2016) und **Antwort**

Wie geht es weiter in Altglienicke?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher die städtische Wohnungsbaugesellschaft STADT UND LAND um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird nachfolgend wiedergegeben:

Frage 1: Welche konkreten Planungen verfolgt die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land am Standort Hassoweg/Ecke Nelkenweg in Altglienicke?

Antwort zu 1: Die Adresse Hassoweg / Nelkenweg in Altglienicke setzt sich aus Bestandsgrundstücken der STADT UND LAND und aus vom Liegenschaftsfonds eingebrachten Grundstücken zusammen. Den ersten Planungen entsprechend soll die gesamte Fläche als Wohnstandort genutzt werden. Das dazu notwendige Bebauungsplanverfahren befindet sich aktuell beim Bezirksamt Treptow-Köpenick im Verfahren. Zwischenzeitlich wurde der Bereich als ein geeigneter Standort für Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) definiert. Der Standort wird seitens der Gesellschaft STADT UND LAND teilweise für eine solche MUF-Bebauung vorbereitet. Die MUF werden so erstellt, dass sie als Wohnungen nachgenutzt werden können.

Frage 2: Wie sieht der geplante zeitliche Ablauf aus?

Antwort zu 2: Für die teilweise Nutzung als MUF-Standort wird ein Baubeginn möglichst noch im Jahr 2016 angestrebt. Das Bebauungsplan-Verfahren für den Wohnungsneubau (inkl. kooperatives Baulandmodell Berlin) wird voraussichtlich zwei Jahre beanspruchen.

Frage 3: Wie bewertet der Senat die Planungen?

Antwort zu 3: Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften haben sich, zusätzlich zu dem von Ihnen geleisteten Neubauengagement, bereit erklärt, kurzfristig und auf eigenen Grundstücken zwölf MUF als eigenständigen Beitrag zur Versorgung der Geflüchteten zu realisieren. Bis ca. Ende des Jahres 2016, wollen die Wohnungsunternehmen mindestens 4.200 Unterbringungsplätze für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften auf den Weg bringen. Dieses Engagement der kommunalen Wohnungswirtschaft begrüßt der Senat ausdrücklich.

Berlin, den 05. Juli 2016

In Vertretung

Prof. Dr.-Ing. Lütke Daldrup

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Juli 2016)